

Energie-Control Austria
Rudolfplatz 13A
1010 Wien

Per Email an: gasnachweis@e-control.at
In CC an: haral.proidl@e-control.at, angela.tschernutter@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von

Unser Zeichen
AI

DW
37

Datum
19.05.2023

Stellungnahme des Fachverbandes der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen (FGW) zum Begutachtungsentwurf der Novelle zur Gaskennzeichnungsverordnung 2023

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen bedankt sich für die Möglichkeit zur Begutachtung der Novelle zur Gaskennzeichnungsverordnung 2023 und nimmt hierzu wie folgt Stellung.

Generell regen wir an, in der Verordnung anstelle der Begriffe „Gasnachweis“, bzw. „Nachweis“ den eindeutig definierten Begriff des „Herkunftsnachweises“ zu verwenden.

ad § 1:

- In § 1 ist angeführt, dass diese Verordnung ausschließlich die Kennzeichnung der in das öffentliche Gasnetz eingespeisten bzw. daraus zum Zweck des energetischen Endverbrauchs entnommenen Gasmengen regelt. Dies führt dazu, dass Insellösungen, wie z.B. Produktion von Grünem Wasserstoff, der mangels öffentlichen Gasnetzes nur direkt oder per LKW transportiert werden kann, nicht erfasst werden. Das bedeutet wiederum eine grobe, sachlich nicht gerechtfertigte Benachteiligung der Off-Grid Produktion.

ad § 4:**§ 4 Abs 4:**

- *„Gasmengen, die an Kraft- und Heizwerke zur Umwandlung in Strom und Wärme geliefert werden, sind von der Verpflichtung zur Gaskennzeichnung ausgenommen.“*

Es stellt sich hierbei die Frage, ob der Versorger (oder die Behörde) den genauen Einsatzzweck der gelieferten Mengen überhaupt kennt, bzw. ermitteln oder prognostizieren kann. Speziell bei Großabnehmern mit unterschiedlichen Verwertungen nach dem Zählpunkt (z.B.: Raffinerie, Stadtwerke, etc.) sehen wir hier operative Schwierigkeiten. Der Abnehmer müsste dem Versorger mitteilen, welche Mengen wie umgewandelt wurden. Daraus resultiert ein hoher administrativer Aufwand für den Versorger. Es fehlen unseres Erachtens Detailregeln bzw. Klarstellungen, wie diese Ausnahme administriert werden soll.

ad § 4a:**§ 4a Abs 1:**

- *„Für jene Gasmengen, die für Umwandlung von Gas, Wasserstoff oder synthetisches Gas in Strom eingesetzt werden, sind durch den Händler (Versorger) an den Betreiber einer Umwandlungsanlage Herkunftsnachweise zu transferieren.“*

Aus unserer Sicht ist unklar, welche Herkunftsnachweise hiermit gemeint sind und bitten um eine nähere Definition.

§ 4a Abs 4:

- Dieser Absatz legt fest, dass für Gasmengen, die an Speicher geliefert werden, durch den Versorger Herkunftsnachweise an den Betreiber der Speicheranlagen zu übertragen sind und entsprechende Gutachten vorgelegt werden müssen, die den Wirkungsgrad der Speicher belegen.

Dabei stellt sich nun die Frage, warum man Gas mit Herkunftsnachweisen einspeichern soll, wenn die Zuordnung der Herkunftsnachweise Kalenderjahr kongruent und virtuell erfolgt. Außerdem gilt anzumerken, dass kein Eigentumsübergang des eingespeicherten Gases an das Speicherunternehmen im Zuge der Einspeicherung erfolgt. Abgesehen davon ist uns nicht klar, inwiefern ein reiner Gas-Volumen-Speicher Wirkungsgradverluste erzeugen würde.

§ 4a Abs 5:

- In diesem Punkt wird festgelegt, dass für Wärme, die in KWK-Anlagen mittels erneuerbarem Gas produziert wird, im Gegensatz zu Strom, keine Wärmenachweise generiert werden. Hierbei sollte allerdings sichergestellt werden, dass auch die Wärme, die mittels Erneuerbarem Gas in KWK-Anlagen produziert wird, als „Erneuerbare Wärme“ ausgewiesen werden darf. Eine entsprechende Berücksichtigung in der Verordnung wäre wünschenswert.

ad § 7:**§ 7 Abs 2:**

- Dieser Absatz legt fest, dass für gelieferte Gasmengen Herkunftsnachweise aus demselben Kalenderjahr heranzuziehen sind. Dies hätte zur Folge, dass beispielsweise Herkunftsnachweise, die am 30. Dezember erzeugt wurden, ihre Gültigkeit bereits am Folgetag, dem 31. Dezember verlieren. Aus unserer Sicht muss dieser Artikel daher an bestehende Regelungen im Gaswirtschaftsgesetz (§ 129b Abs 7) angepasst werden, welche besagen, dass Herkunftsnachweise 12 Monate ab Erzeugung der Energieeinheit gültig sind. Wenn diese Herkunftsnachweise nicht binnen 18 Monaten entwertet wurden, wird der Status dieser Herkunftsnachweise auf „verfallen“ gesetzt.
- Des Weiteren gilt anzumerken, dass die Clearingdaten der Produktion für Dezember eines Jahres im Jänner des darauffolgenden Jahres abrechnungsrelevant werden. Die Generierung der Herkunftsnachweise in der Datenbank wird somit nicht im Kalenderjahr der Produktion (Dezember), sondern im Jänner des nächstfolgenden Jahres „erzeugt“. Eine diesbezügliche Klarstellung wäre unseres Erachtens notwendig. Die Einschränkung der Verwendung auf das Jahr der Erzeugung ist aus unserer Sicht überschießend. Absatz 2 in der aktuell gültigen Verordnung lässt hier noch eine Verschiebung um ein Jahr zu.

§ 7 Abs 3:

- § 7 Abs 3 legt fest, dass das Speichern von Gas die Gültigkeitsdauer eines dahinterliegenden Herkunftsnachweises nicht verändert. Bedingt durch die Speichermöglichkeit Erneuerbarer Gase und der daraus resultierenden Bedeutung für die Energiewende sollte, natürlich unter Berücksichtigung der RED II, die Gültigkeitsdauer von Herkunftsnachweisen durch Speicherung der entsprechenden Gase verlängert werden (z.B. durch Neugenerierung beim Ausspeichern).

§ 7 Abs 4:

- *„Andere Nachweise oder Zertifikate, die in inländischen Registern generiert werden, welche keinen gesetzlichen Grundlagen zur Generierung von Herkunftsnachweisen unterliegen, können nicht in die gemäß § 130 GWG 2011 von der Regulierungsbehörde geführte Registerdatenbank übertragen und dort eingesetzt, verwendet oder gehandelt werden und werden nicht für die Gaskennzeichnung gemäß § 130 GWG 2011 in Österreich anerkannt. [...]“*

Die entsprechende Regelung zu Nachweisen oder Zertifikaten aus anderen inländischen Registern ist unklar, da Wechselwirkungen bzw. Übergangsbestimmungen zwischen diesen und der Herkunftsnachweisdatenbank der E-Control dahingehend fehlen.

- An mehreren Stellen des Verordnungsentwurfs werden Klarstellungen in Bezug auf die Verwendung von Herkunftsnachweisen für Gas (in Abgrenzung zu Zertifikaten aus dem Biomethan-Register der AGCS) gemacht (§ 4a, § 7, § 7a etc.), ohne jedoch die Grundfrage der unterschiedlichen gesetzlichen Beauftragungen des GWG 2011 und des ÖSG 2012 damit lösen zu können. Um den Marktteilnehmern Rechtssicherheit und klare Handlungsmöglichkeiten zu gewährleisten, ersuchen wir diesbezüglich um eine klärende Abstimmung mit E-Control.
- In Bezug auf „andere Nachweise oder Zertifikate, die in inländischen Registern generiert werden“, verweisen wir auf die Bestimmungen des § 81 Abs 8 EAG und die darin vorgeschriebene gesetzliche Schnittstelle:
„Die Regulierungsbehörde stellt eine ordnungsgemäße Abwicklung der Datentransfers zwischen der Herkunftsnachweisdatenbank sowie der von der Umweltbundesamt GmbH betriebenen elektronischen Datenerfassung sämtlicher nachhaltiger Biokraftstoffe gemäß der Kraftstoffverordnung 2012, BGBl. II Nr. 398/2012, in der Fassung BGBl. II Nr. 630/2020, und des Bilanzgruppenkoordinators gemäß § 85 GWG 2011 sicher, um Doppelzählungen auszuschließen.“

ad § 7a:

- Positiv ist hervorzuheben, dass mit § 7a Abs 2 auch eine Grundlage für die manuelle Übertragung von Nachweisen geschaffen wurde, für den Fall, dass der Handel über elektronische Schnittstellen (noch) nicht möglich ist, E-Control aber eine entsprechende Übereinkunft mit der „vom Gesetz benannten herkunftsnachweisausgebende Stelle“ abgeschlossen hat. Vor dem Hintergrund, dass derzeit nur eine überschaubare Anzahl an EU-Mitgliedsstaaten sowie Drittstaaten über eine elektronische Schnittstelle zur

Gasnachweisdatenbank der E-Control verfügen dürfte, müsste dieser Regelung in näherer Zukunft zentrale Bedeutung als Übergangslösung für den grenzüberschreitenden Handel von Gasnachweisen zukommen. Festzustellen ist aber, dass derzeit in vielen EU-Mitgliedsstaaten sowie Drittstaaten auch die von Abs 2 leg cit geforderten „herkunftsnachweisausgebende Stellen“ (noch) nicht eingerichtet sind, sodass entsprechende Übereinkünfte nicht geschlossen werden können und die Regelung in den meisten Fällen ins Leere zu gehen droht.

- Um den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu ermöglichen, braucht es aus unserer Sicht aber schon jetzt eine Lösung, die den Zeitraum bis zur Schaffung der entsprechenden Stellen und Schnittstellen auch tatsächlich europaweit sowie zumindest angrenzende Drittstaaten abdeckt und somit schon jetzt einen grenzüberschreitenden Handel von Wasserstoff (einschließlich der damit verbundenen Nachweise) ermöglicht. Wir regen daher an, die Voraussetzungen für die manuelle Übertragung von Nachweisen zu lockern oder diese auch für alternative Übertragungswege zu ermöglichen. Denkbar wäre aus unserer Sicht beispielsweise auch weiterhin auf bereits bestehende und anerkannte Register abzustellen und die darüber abgewickelten Zertifikatetransfers anzuerkennen, solange eine Doppelverwendung ausgeschlossen ist.
- Das generelle Verbot des internationalen Handels von Nachweisen und Zertifikaten von privaten Brancheninitiativen durch die Regulierungsbehörde ist unseres Erachtens zudem über die Verordnungsermächtigung der Regulierungsbehörde im GWG 2011 nicht gedeckt. Die Bestimmung, dass der internationale Handel von Gasnachweisen ausschließlich über eine von der Regulierungsbehörde definierte elektronische Schnittstelle erlaubt sei, behindert damit die Entwicklung des Austausches erneuerbarer Gase und verzögert somit die Erreichung der Dekarbonisierungsziele in diesem Bereich.
- Neben den im Art 19 RED II definierten Herkunftsnachweisen, welche die Aufgabe des Nachweises des Anteils oder der Menge erneuerbarer Energie im Energiemix gegenüber Endkunden haben („Labeling“), gibt es in Europa weitere, gesetzliche oder private Nachweissysteme für erneuerbare Gase. Das von der E-Control angeführte AIB verfügt unserer Information nach derzeit noch über kein operatives Austauschsystem für Nachweise von erneuerbaren Gasen. Des Weiteren sind in einer Vielzahl von europäischen Ländern noch keine gesetzlichen Herkunftsnachweisregister gem. RED II etabliert. Eine Einschränkung des internationalen Handels aller Gasnachweise nicht nur der Herkunftsnachweise, ohne dass die Herkunftsnachweise über AIB bereits gehandelt werden können, würde den grenzüberschreitenden Austausch von erneuerbaren Gasmengen auf absehbare Zeit verhindern.

- Der Handel von Gasnachweisen sollte jedenfalls operativ ehest möglich erfolgen können und nicht über formalistische Barrieren blockiert bzw. verzögert werden.

ad § 7b:

- Dieser Paragraph legt fest, dass Anlagenbetreiber, Versorger und sonstige Marktteilnehmer statistische Daten zum physikalischen Verbrauch und zur Verwendung von Herkunftsnachweisen zur Verfügung stellen müssen. Diese Bestimmung ist allerdings wenig spezifisch formuliert und für eine Umsetzungsverordnung zu ungenau ausgeführt. Aus unserer Sicht kann diese Bestimmung so interpretiert werden, dass alle Betriebsdaten, also auch solche, die Geschäftsgeheimnissen unterliegen, übermittelt werden müssten.
- Nach der Verordnungsermächtigung des §130 (8) GWG hat die Regulierungsbehörde die Kompetenz „[...] durch Verordnung nähere Bestimmungen über die Gaskennzeichnung sowie die Ausgestaltung der Herkunftsnachweise [zu] erlassen. Dabei sind insbesondere der Umfang der gemäß §§ 129b und 130 bestehenden Verpflichtungen sowie die Vorgaben für die Ausgestaltung der Herkunftsnachweise zu den verschiedenen erneuerbaren Gasen und der Gaskennzeichnung gemäß diesen Rechtsvorschriften näher zu bestimmen.“

Die Bestimmung §130 (7) GWG besagt:

„Versorger haben auf Verlangen der Regulierungsbehörde innerhalb einer angemessenen Frist alle notwendigen Unterlagen vorzulegen, die erforderlich sind, um die Richtigkeit der Angaben überprüfen zu können. Bei unrichtigen Angaben ist der betroffene Versorger mit Bescheid aufzufordern, die Angaben bzw. Kennzeichnung richtig zu stellen.“

Wir erachten die Bestimmungen im GWG für ausreichend und lehnen daher eine darüber hinausgehende Verpflichtung auch anderer Marktteilnehmer ab, zumal dies nicht von der Ermächtigung lt. GWG erfasst ist.

- Jedenfalls sollten sich Datenmeldungen nur auf den konkreten Gesetzesauftrag beziehen. Auch sind Mehrbelastungen der Marktteilnehmer sowie Doppelgleisigkeiten zu anderen Monitoring-Verordnungen zu vermeiden.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten um Berücksichtigung unserer Punkte.
Für weitere Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Mock'.

Mag. Michael Mock
Geschäftsführer

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Alexander Izmenyi'.

Mag. (FH) Alexander Izmenyi, MSc
Referent Bereich Gas